



# Interviews

**Datum: 16. Mai 2024**

## **Sahra Wagenknecht im Gespräch mit Tobias Armbrüster**

**Tobias Armbrüster:** Es ist Wahlkampf in Deutschland, die Europawahl in wenigen Wochen, außerdem im Herbst Landtagswahlen, und auch die Bundestagswahl im kommenden Jahr macht sich schon bemerkbar. Vor allem wird in diesen Tagen viel über die Sozial- und die Haushaltspolitik debattiert. Wieviel Geld ist da, wieviel kann verteilt werden? – Die FDP hat sich mit zwei Papieren schon mal in Position gebracht, mit einem Plädoyer für Haushaltsdisziplin und gegen eine Anhebung von Sozialleistungen. Jetzt hat in dieser Woche außerdem Bundeskanzler Olaf Scholz seine SPD ins Spiel gebracht. Er fordert im „Stern“-Interview eine Anhebung des Mindestlohns auf 15 Euro.

Wohin steuert der Sozialstaat in Deutschland? – Das können wir besprechen mit Sahra Wagenknecht, früher Linkspartei, jetzt Vorsitzende des Bündnisses Sahra Wagenknecht. – Schönen guten Morgen.

**Sahra Wagenknecht:** Guten Morgen.

**Armbrüster:** Frau Wagenknecht, der Kanzler sagt, 15 Euro Mindestlohn; Sie haben 14 Euro gefordert. Überholt Olaf Scholz Sie gerade von links?

**Wagenknecht:** Ich finde das wirklich bemerkenswert. Wir haben ja im Bundestag vor zwei Wochen unseren Antrag zur Abstimmung gestellt, 14 Euro, und das ist ja tatsächlich das mindeste, was man fordern kann. 15 Euro wären durchaus respektabel. Das Interessante war nur: Alle haben dagegen gestimmt, auch die Kanzlerpartei, auch die SPD. Sie haben sich alle dagegen gewehrt. Jetzt, zwei Wochen später als Kanzler in einem Interview um die Ecke zu kommen und zu sagen, ich bin eigentlich für 15 Euro, aber nichts dafür zu tun, dass die Mindestlöhne wirklich steigen, ich finde, das ist schon ein ziemlicher Hohn gerade gegenüber den vielen

Menschen, die aktuell für 12,41 Euro arbeiten müssen und damit wirklich bei den massiven Preissteigerungen überhaupt nicht über den Monat kommen. Das ist einfach keine seriöse Politik und das durchschauen ja die Menschen auch, dass das ein billiges Wahlkampfmanöver ist.

**Armbrüster:** Olaf Scholz hat schon das letzte Mal den Mindestlohn durch eigenes Zutun deutlich erhöht. Warum sollte er das dieses Mal nicht noch mal schaffen?

**Wagenknecht:** Dann soll er das aber machen! – Ich meine, er ist der Kanzler dieses Landes. Wir haben doch nicht einen Kanzler dafür, dass er in Interviews irgendwas erzählt, sondern dass er das im Bundestag durchsetzt und dass er jetzt dann auch entsprechend sich dafür einsetzt, dass die Mindestlohnkommission verändert wird oder dass es wirklich auch zurückgeholt wird in die Politik. Das ist ja in vielen Ländern so, dass Mindestlöhne politisch festgesetzt werden. Er kann das ja tun. Ich werde sofort alles begrüßen, wo er erste Schritte einleitet. Aber mal eben so ein Interview, und wie gesagt, kurz vorher stimmt man noch dagegen, das ist doch einfach nicht glaubwürdig und das erhöht eigentlich nur die Enttäuschung der Menschen oder auch die Empörung darüber, wie Politik heutzutage in Deutschland läuft, und da mache ich mir wirklich große Sorgen.

**Armbrüster:** Zumindest können wir festhalten, er liegt mit dieser Forderung und mit dieser Ansage, 15 Euro, über der von Ihnen gemachten. Seine SPD profiliert sich außerdem gerade als Verteidigerin der Rente mit 63 und auch Verteidigerin des Bürgergeldes. Braucht es in dieser Lage eigentlich noch eine Linkspartei oder auch ein Bündnis Sahra Wagenknecht?

**Wagenknecht:** Na ja, das ist die Frage der Glaubwürdigkeit. Wir werden sofort zustimmen, wenn im Bundestag ein Mindestlohn von 15 Euro zur Abstimmung steht. Wir haben uns auf 14 Euro zunächst mal verständigt,

weil wir eigentlich wollten oder gehofft haben, dass das ein Minimalkonsens ist, auf den sich auch verschiedene Parteien einigen können. Es war ja interessant, die waren ja alle dagegen.

Aber auch bei der Rente mit 63, das ist eine Gespensterdebatte. Es gibt in Deutschland gar keine Rente mit 63, die man verteidigen kann. Aktuell ist es so, dass Arbeitnehmer nach 45 Arbeitsjahren mit 64 Jahren und vier Monaten frühestens in Rente gehen können, und das steigt ja weiter an. 2029 sind wir schon bei 65 Jahren. Die Politik diskutiert über eine Rente mit 63, die es gar nicht gibt, und auch das ist unseriös und wir haben auch wirklich in Deutschland im europäischen Vergleich ein sehr schlechtes Rentensystem. Die deutsche Rente ist zehn Prozentpunkte unter dem europäischen Schnitt. Wir haben wachsende Altersarmut. Natürlich muss da endlich was geschehen und ich glaube, dass die SPD plötzlich mit solchen Forderungen kommt, hat auch etwas damit zu tun, dass wir uns gegründet haben, dass wir bei den Umfragen jetzt auch im Osten eigentlich überall zweistellig sind, dass wir auch insgesamt bundesweit sehr viel Rückhalt haben und sehr viel Rückenwind. Das zeigt, dass das schon wirkt, und wir hoffen, wenn wir jetzt ein starkes Ergebnis bei der Europawahl bekommen, dass der Druck in Richtung Korrekturen größer wird.

**Armbrüster:** Ist diese SPD, die jetzt so sehr setzt auf Rentenpolitik, auf Bürgergeld, auf Mindestlohn auch, ist diese Partei für Sie attraktiv als Koalitionspartner?

**Wagenknecht:** Zunächst mal muss die SPD wieder attraktiv für die Wähler werden, eh es überhaupt irgendwie rechnerisch Mehrheiten geben kann. Im Osten zum Beispiel, wo es ja im Herbst darum gehen wird, ob es Veränderungen in den Regierungen gibt, ist die SPD eine Marginalie. Sie kann eigentlich froh sein, wenn sie in den Landtagen (zumindest in Thüringen und Sachsen) wieder vertreten wird. Sie steht knapp über fünf Prozent, weil viele Menschen auch diese Diskrepanz zwischen öffentlichen Ankündigungen in Wahlkampfzeiten – das ist ja jetzt nichts Neues, das gab es immer wieder – und dem, was man realpolitisch dann auch durchsetzt und macht, diese Diskrepanz ist etwas, was die Glaubwürdigkeit einer Partei untergräbt.

Natürlich wäre die SPD, wenn sie wieder eine Partei wäre, die auch tatsächlich für soziale Gerechtigkeit eintritt, für eine vernünftige Wirtschaftspolitik, für eine friedliche Außenpolitik, natürlich wäre sie eine Partei, mit der wir gerne zusammenarbeiten würden, aber die SPD hat sich in den letzten Jahren auch sehr stark verändert.

**Armbrüster:** Sie sprechen über diese Diskrepanz zwischen Wunsch und Wirklichkeit in der Politik. Frau Wagenknecht, können Sie so darüber sprechen, weil Sie die Wirklichkeit in Regierungsverantwortung noch nie erlebt haben?

**Wagenknecht:** Na ja, was heißt erlebt haben. Ich war lange Zeit Mitglied der Linken. Die Linke hat auch teilweise regiert, teilweise aber auch nicht mit großen Erfolgen in dem Sinne, dass sie viele Dinge mitgetragen hat, die nicht so überzeugend waren. Wir treten ja im Osten auch an, im Herbst schon, selbstverständlich mit der Ansage, wenn wir die Chance bekommen, in einer Regierung wirklich die Politik zu verändern, in Sachsen oder auch in Thüringen oder theoretisch auch in Brandenburg, aber da ist die Konstellation nicht so wahrscheinlich, dass wir das selbstverständlich auch machen wollen. Es geht ja nicht darum, dass wir uns wünschen, in der Opposition zu sein, sondern dass es bisher nicht die Chance dazu gab, und ich glaube, dass auch viele Menschen sich wünschen, dass endlich ein neuer Wind in die Politik kommt, dass es einen Neubeginn gibt, und ich hoffe, dass wir den nicht nur aus der Opposition heraus gestalten können.

**Armbrüster:** Ich spreche das deshalb an, weil Sie immer wieder mit Forderungen Schlagzeilen machen, und deshalb wäre die Frage, sind Sie denn auch bereit, wenn Sie Regierungsbündnisse eingehen, Abstriche zu machen?

**Wagenknecht:** Zunächst mal will man in eine Regierung, weil man etwas verändern möchte, und Menschen möchten auch nicht Parteien wählen, die vor der Wahl das eine versprechen und danach, weil sie Ministerposten

bekommen, das Gegenteil tun. Wenn wir in eine Regierung eintreten im Osten, dann natürlich unter der Voraussetzung, dass sich spürbar für die Menschen etwas verbessert, dass überhaupt die Probleme, die Belange der Menschen wieder im Mittelpunkt stehen, dass Politik sie auch wieder wahrnimmt. Das ist ja auch ein Problem, dass viele ja doch den Eindruck haben, und zwar berechtigt, gerade hier in Berlin, aber das gilt auch für Landesregierungen, Politiker wissen überhaupt nicht, wie die Lage ist, wie die Probleme der Menschen sind, sie bemühen sich gar nicht, Probleme zu lösen, sondern schaffen sogar neue Probleme und zusätzliche.

**Armbrüster:** Dann nennen Sie uns bitte ein Problem, was die Menschen so beschäftigt, bevor wir lange abstrakt darüber reden, was Sie dann ändern möchten.

**Wagenknecht:** Ein Problem ist beispielsweise die wirklich unsägliche Situation, dass Kinder nicht nur in heruntergekommenen Schulgebäuden lernen müssen, sondern dass die Schulen schon seit Jahren an der elementaren Aufgabe versagen, Kindern ordentlich Lesen, Schreiben und Rechnen beizubringen. Das sind ja die elementarsten Fertigkeiten. Das hat etwas mit Lehrmangel zu tun, das hat aber auch etwas mit Bildungsinhalten zu tun. Wir haben in Deutschland in den letzten Jahren zwar relativ viel Geld für einen Digitalpakt Schule ausgegeben, aber die Frage ist, brauchen Schüler Tablets und Smartphones in der Schule, oder brauchen sie nicht lieber mehr Lehrkräfte, kleinere Klassen und eine andere Konzentration im Unterricht, und das ist eine Landesaufgabe. Eine Veränderung in der Bildungspolitik ist etwas, was für uns sehr wichtig wäre.

Bundespolitisch ist die hohe Migration ein ganz, ganz zentrales Thema. Andere Länder haben das verändert. Die Flüchtlingszahlen in anderen Ländern in Europa sinken seit Jahren. Nur in Deutschland steigen sie schon wieder, weil man einfach nicht in der Lage ist oder auch nicht willens ist, hier Anreize anders zu setzen, als wir es derzeit tun. Zurzeit ist ja jeder, der nach Deutschland kommt, fast jeder kann eigentlich bleiben, kann auch soziale Leistungen beziehen. Das ist ein großer Anreiz, weil Menschen verständlicherweise ein besseres Leben suchen, aber es überfordert

unsere Kommunen, es überfordert unsere Städte, unseren Wohnungsmarkt, unsere Schulen. Auch daher kommen ja bestimmte Probleme. Da kann man durchaus etwas ändern und ...

**Armbrüster:** Frau Wagenknecht, da unterschlagen Sie jetzt allerdings einiges, was die Bundesregierung ja beschlossen hat, gerade in der Migrationspolitik, was auch die Europäische Union beschlossen hat, was sich ändern soll, was auch stark kritisiert wird. Aber nichts desto trotz, es wurde beschlossen. Ist das denn glaubwürdig, einfach so ohne besondere Faktentreue Regierung und andere Politiker zu kritisieren?

**Wagenknecht:** Na ja, die Faktentreue besteht darin, dass ich mir angucke, steigen die Zahlen oder sinken sie, und sie sind jetzt wieder gestiegen. Das ist ja ein Grundproblem. Wir erleben auch in Deutschland in Größenordnungen gescheiterte Integration. Es gab ja vor kurzem eine Studie in Niedersachsen, da wurden 15jährige Schüler befragt, die muslimischen Glaubens sind, und dort waren die Ergebnisse erschreckend. Zwei Drittel haben gesagt, dass sie die Gesetze des Korans wichtiger finden als die deutschen Gesetze. Die Hälfte etwa hat gesagt, dass sie sich einen islamischen Gottesstaat wünschen. Das ist nicht mehr Religionsfreiheit, sondern da ist im Grunde die Ablehnung unserer Kultur identitätsstiftend geworden. Das ist ein Problem und dieses Problem anzusprechen, ist über Jahre in Deutschland, teilweise heute noch in die rechte Ecke gestellt worden. Damit hat man auch die AfD stark gemacht, indem man über solche Themen nicht mehr öffentlich debattieren konnte, auch nicht mehr wollte.

**Armbrüster:** Haben Sie möglicherweise auch damals in Ihrer alten Partei, in der Linkspartei da Fehler gemacht?

**Wagenknecht:** Das war ja einer der Konflikte. Ich habe ja damals schon in der Flüchtlingskrise eine andere Position bezogen, als sie Die Linke hatte, weil diese Illusion, wir könnten offene Grenzen für alle haben, jeder der möchte kann nach Deutschland kommen, das klingt gut, alle Völker

umarmen sich, aber da, wo es konkret wird, und gerade in den Wohngebieten, wo die weniger Privilegierten leben, da existieren ja die Probleme. Wir haben einen Wohnungsmangel von 700.000 Wohnungen aktuell. Wir haben Situationen, dass immer mehr Grundschulen gerade in den ärmeren Vierteln starten und über die Hälfte der Kinder kann kein Deutsch. Dagegen könnte man zum Beispiel auch etwas tun mit verpflichtenden Deutschtests ab drei Jahren, zumindest bei den Kindern, die schon in Deutschland sind. Auch das ist eine Forderung, die wir landespolitisch stellen. Es gibt ja Möglichkeiten, etwas zu tun. Und wie gesagt bei den Zahlen: Wir müssen einfach die Anreize reduzieren. Es kann nicht sein, dass auch diejenigen, die gar keinen Schutzstatus haben, faktisch bleiben und sehr, sehr hohe Leistungen beziehen, die deutlich höher sind als in irgendeinem anderen europäischen Land.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*